

schuss noch mal zusammen tun und einen Brief an sämtliche zuständigen Abgeordneten aller Fraktionen im Bundestag schreiben, in dem wir sie auffordern, das Konvergenzanliegen aus Nordrhein-Westfalen zu tragen. Das fände ich wunderbar. Es würde mir auch den Rücken stärken, wenn klar ist, dass es ein fraktionsübergreifendes Anliegen ist, die Konvergenz im Bund durchzubekommen, und wenn das dann auf dem Tisch der einzelnen Abgeordneten liegt.

Daher würde ich mich freuen, wenn über den Antrag nicht direkt abgestimmt würde, sondern die Initiative an anderer Stelle – im Ausschuss – aufgenommen würde, damit wir dort gemeinsam die Bundestagsabgeordneten auffordern können, aktiv zu werden. – Danke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages Drucksache 15/2856**. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Fraktion der CDU. Gegenstimmen? – SPD, Bündnis 90/Grüne, Linke. Wer enthält sich? – Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5 Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen – Mediziner Ausbildung in Ostwestfalen-Lippe voranbringen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2854 – Neudruck

Die Beratung eröffnet für eine der antragstellenden Fraktionen, die CDU, Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass die medizinische Versorgung für uns Menschen in OWL dringend notwendig ist, dann wäre das mein Katarrh. Ich bitte darum, mir nachzusehen, wenn meine Stimme vielleicht nicht ganz deutlich ist.

Aber zur Sache! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben vor mittlerweile fast einem Jahr an dieser Stelle schon einmal über die Möglichkeit einer medizinischen Fakultät für Ostwestfalen-Lippe an der Universität Bielefeld debattiert. Den entsprechenden Antrag von CDU und FDP hat Rot-Grün damals abgelehnt und stattdessen der Landesregierung einen Prüfauftrag erteilt, inwieweit man so etwas einrich-

ten könnte bzw. alternative Konzepte zu prüfen und zu sondieren.

Passiert ist seitdem nichts. Bis heute hat die Landesregierung kein Konzept für die drängende Frage des ärztlichen Nachwuchses – vor allem in der Region Ostwestfalen-Lippe, aber auch allgemein für den ländlichen Raum – vorgelegt. Dabei drängt die Zeit. Das ist auch der Grund, warum wir von CDU und FDP das Thema heute wieder auf die Agenda des Plenums gesetzt haben.

Der Ärztemangel wird nach wie vor immer größer, gerade in Regionen wie Ostwestfalen-Lippe oder auch im Hochsauerlandkreis. Eine wohnortnahe Versorgung der immer älter werdenden Bevölkerung kann zunehmend nicht mehr gewährleistet werden. Hier müssen nun konsequent alle Stellhebel in Bewegung gesetzt werden – über einen Teil wurde eben an anderer Stelle diskutiert –, damit sich mehr junge Ärztinnen und Ärzte dafür entscheiden, im ländlichen Raum sesshaft zu werden. Neben konsequenten Maßnahmen zur Senkung der Abbruchquote während des Studiums gilt es auch, die Entwicklung hin zu mehr Teilzeitstellen – nach dem Studium – im Auge zu behalten und die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Nichtsdestotrotz muss man einen anderen wesentlichen Stellhebel im Auge behalten, nämlich die Anzahl der Medizinstudienplätze. Diese muss schlichtweg erhöht werden. Das ist die Forderung, die wir hier in den Raum stellen.

Die Landesregierung hat beschlossen, 935 zusätzliche Medizinstudienplätze bis zum Jahr 2015 aus den Mitteln des Hochschulpakts II einzurichten, die während der Phase des doppelten Abiturjahrgangs bereitstehen sollen. Man hat diese Plätze an den bereits bestehenden medizinischen Fakultäten in Nordrhein-Westfalen angesiedelt, die sich überwiegend im Rheinland befinden. Das Münsterland wird gerade noch durch Münster abgedeckt, aber die meisten Fakultäten sind im Rheinland und im Ruhrgebiet. Die Begründung, dass man sie an den bestehenden Fakultäten ansiedelt, ist einfach: Da, wo schon eine Fakultät ist, ist die Einrichtung neuer Studienplätze natürlich kostengünstiger.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gebraucht werden die Ärzte aber gerade auch in Ostwestfalen-Lippe. Da haben wir den größten absehbaren Ärztemangel.

Es ist nun einmal Fakt – das belegen auch Studien –, dass sich die fertig ausgebildeten Medizinerinnen und Mediziner überwiegend rund um ihren Studienort niederlassen. Darum fordern wir nach wie vor eine Medizinische Fakultät für Ostwestfalen-Lippe unter der Federführung der Universität Bielefeld.

Die in den Medien genannte Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum kann deswegen nur ein erster Schritt sein. Es ist gut, dass diese Überle-

gungen gemacht werden. Aber, Frau Ministerin, in Ihrem Hause liegt die Konzeption der Bielefelder Universität gemeinsam mit der RUB vor, und seitdem haben wir noch nichts gehört. Wir müssen erst einmal mehr davon wissen. Jetzt doktern Sie seit einem Jahr an diesem Konzept herum. Noch schlimmer: Bis jetzt waren Sie nicht bereit, in den Ausschüssen konkrete Informationen vorzulegen. Noch einmal: Die Zeit drängt. Der doppelte Abiturjahrgang kommt immer näher. 2013 ist ja da. Frau Ministerin, Sie haben heute die Gelegenheit, Ihr Konzept dem Parlament vorzustellen. Nutzen Sie bitte die Möglichkeit!

Aber wir wollen auch von Ihnen und auch von Frau Ministerin Steffens hören, wie auf diesen ersten Schritt aufbauend die langfristige Versorgung mit Medizinerinnen und Medizinern in Ostwestfalen-Lippe und im gesamten ländlichen Raum sichergestellt werden soll.

Den Menschen in Ostwestfalen-Lippe – das kann ich schon sagen angesichts anderer aktueller Debatten in unserer Region – ist ein Arzt im Ort viel wichtiger als ein Nationalpark in der Region.

(Beifall von der CDU – Zuruf: Oh!)

– Da höre ich gerade ein „Oh!“. Wenn Sie das nicht ernst nehmen, dann ist es ja sehr schön, Herr Kollege, dass wir da unterschiedliche Meinungen haben.

Also noch einmal: Wir können das Geld nur einmal verteilen. Dann sind uns die Ärzte viel wichtiger als ein Nationalpark. Wenn Sie eine andere Meinung haben, können wir das gerne vor Ort in der Region einmal öffentlich austragen.

An meine rot-grünen Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus Ostwestfalen-Lippe, appelliere ich: Setzen Sie Ihre Prioritäten und zeigen Sie, dass Sie für die Sicherstellung – gerade in Bielefeld, Herr Kollege Garbrecht – der medizinischen Versorgung in Ostwestfalen-Lippe mindestens genauso viel politische Energie einsetzen wie für die ganzen Planspiele rund um die Natur in unserer schönen Region. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die Fraktion der FDP spricht Herr Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn jeder dritte Hausarzt in den nächsten Jahren in den Ruhestand geht, wenn bereits die Ärztekammer Nordrhein-Westfalen für das Land prognostiziert, dass rund 1.000 Mediziner fehlen, und wenn wir alle wissen, dass diese Fakten besonders prekär wirken wegen der demografischen Entwicklung und der daraus resultierenden besonderen medizinischen Bedürf-

nisse der Menschen in unserem Land, gerade im ländlichen Raum, dann, meine Damen und Herren, ist jetzt Zeit zu handeln.

(Beifall von der FDP)

Ganz besonders brisant ist die Situation in Ostwestfalen-Lippe. Denn dort fehlen bereits jetzt rund 150 Krankenhausärzte. In drei von sieben Kreisen in Ostwestfalen-Lippe ist heute schon jeder dritte Hausarzt 60 Jahre oder älter. In vier Jahren gehen in der Region schätzungsweise 320 Hausärzte in den Ruhestand.

Meine Damen und Herren, bei der Analyse gestern zum Thema „Kommunal Finanzen“, dass wir etwas tun müssen, waren wir uns einig. Das ist schön in diesem Hause. Wenn die von mir gerade vorgetragenen Zahlen, Daten und Fakten zur medizinischen Situation ebenfalls auf Einigkeit in diesem Hause stoßen, dann kann es eigentlich nur eine Antwort geben: Wir müssen als Land Nordrhein-Westfalen mehr tun als bisher, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir müssen ein klares Bekenntnis abgeben für eine Mediziner Ausbildung in Ostwestfalen-Lippe, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich finde, es ist schon ein Treppenwitz, wenn die Gesundheitsregion OWL, der Heilgarten Deutschlands, wie sie immer wieder genannt wird, die einzige Teilregion in ganz NRW ist, die keine eigene Medizinische Fakultät hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Was haben Sie denn von 2005 bis 2010 gemacht?)

Meine Damen und Herren, richtig ist, dass wir aus dem Hochschulpakt resultierend – hier engagiert sich der Bund, wie ich finde, beispielhaft – 935 zusätzliche Studienplätze haben. Wir haben sie in Münster, in Aachen, in Bochum, in Düsseldorf, in Duisburg-Essen und in Köln. Sie wissen selbst, dass dieses nur eine vorübergehende Lösung und ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Die Region Ostwestfalen-Lippe mit über zwei Millionen Einwohnern profitiert hiervon so gut wie nicht. Viele Menschen in der Region OWL haben den Eindruck, dass hier eben keine gesamthafte Landespolitik am Werk ist, sondern Politik für Rhein und Ruhr gemacht wird. Diesem Eindruck müssen wir aus einer landespolitischen Verantwortung entgegentreten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auch das von Ihnen, Frau Ministerin Schulze, angekündigte Alternativkonzept bleibt vage. Der Aufbau einer Kooperation zwischen Bochum und Bielefeld soll in Bochum 60 zusätzliche Plätze schaffen und lediglich die klinische Ausbildung in Ostwestfalen-Lippe integrieren oder nach dorthin verlagern. Das,

finde ich, ist ein etwas mutloser Trippelschritt in eine richtige Richtung, aber den großen Wurf im Interesse der Region bleiben Sie aus meiner Sicht schuldig, Frau Ministerin.

Ich weiß: Der Aufbau einer Medizinischen Fakultät kostet Geld. Das wird ja gleich meine Nachredner beschäftigen. Sie haben sich bei Ihrer bisherigen Regierungspolitik eher dafür entschieden, die konsumtiven Ausgaben zu erhöhen statt klug zu investieren, statt kluge Investitionen in die Zukunft vorzunehmen. Das ist jetzt auch die Konsequenz dieser fehlgeleiteten Haushalts- und Finanzpolitik. Auch an dieser Stelle merken wir das jetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir in Ostwestfalen-Lippe sagen gerne: Es ist Zeit, dass wir zu Potte kommen und dass wir dem ersten Trippelschritt weite, raumgreifende Schritte folgen lassen.

Frau Ministerin, der Begriff „Minister“ kommt ja aus dem Lateinischen vom Wort „ministrare“. Das Wort „ministrare“ bedeutet übersetzt bekanntlich „dienen“. Uns wäre sehr damit gedient, wenn wir in dieser Sache nach vorne kommen würden.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Wir stimmen natürlich der Überweisung an den Ausschuss zu.

Ich gratuliere Ihnen, Frau Ministerin, auch persönlich zum Geburtstag.

Ich freue mich auf die konstruktiven Beratungen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Abrusatz, ich wollte Sie nicht unterbrechen, als Sie die Erklärung von „Minister“ geliefert haben.

Kai Abrusatz (FDP): Ich bin jetzt fertig.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Sie sind fertig. – Insofern lässt er keine Zwischenfrage zu. Es spricht jetzt für die SPD-Fraktion Herr Fortmeier.

Georg Fortmeier (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich die Überschrift dieses Antrags gelesen habe, habe ich mir gedacht: Jetzt kommt bestimmt etwas Spannendes; jetzt kommen eigene und neue Vorstellungen in der Debatte, die uns in der Sache, nämlich der ärztlichen Versorgung im Raume Ostwestfalen, aber auch in Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen. Außer einer interessanten Überschrift war da aber nichts, sondern ruck, zuck hat man sich auf die Schaffung der Medizinischen Fakultät in Bielefeld fokussiert. Das finde ich ein bisschen schade.

Herr Dr. Brinkmeier, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie das hier schon einmal vor einem Jahr beantragt haben. Dann haben Sie es Anfang dieses Jahres noch einmal beantragt. Ich glaube, Sie brauchen es als Arbeitsnachweis oder Fleißnachweis, dass Sie jedes halbe Jahr dieses Thema ohne neue eigene Anregungen wieder hier platzieren. So kann das nicht sein.

(Beifall von der SPD – Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Was ist Ihr Konzept?)

Sehr geehrte Frau Ministerin, auch ich möchte Ihnen ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Ich hätte Ihnen gewünscht, dass wir heute zu diesem Thema hier im Haus eine andere Debatte hätten führen können, bei der vielleicht von der jetzigen Opposition auch noch einmal auf die Versäumnisse aus der eigenen Regierungszeit hingewiesen worden wäre, gerade was die Medizinische Fakultät in Bielefeld angeht. Außer Parolen ist aber nichts gewesen. Für den heutigen Tag hätte ich Ihnen wirklich eine andere Debatte gewünscht.

Ich kann es Ihnen natürlich nicht ersparen, mit meinem Glückwunsch den Wunsch der neuen ostwestfälischen SPD-Abgeordneten und insbesondere von mir als Bielefelder zu verbinden, dass wir natürlich gerne die Medizinische Fakultät in Bielefeld hätten. Selbstverständlich werden wir alles dafür tun, dass das Realität wird, und Sie entsprechend unterstützen.

Wir wissen allerdings auch, welche Schwierigkeiten wir haben, in welchen Rahmenbedingungen wir uns landesweit befinden und mit welchen anderen Prozessen – Angebot und Markt – wir uns daher befassen müssen. Wir werden es auch nicht so populistisch machen wie die Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns über jede Initiative, die dazu beitragen könnte, eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Lande Nordrhein-Westfalen und damit auch in Ostwestfalen-Lippe zu bekommen.

Für uns bedeutet das ein umfassendes Paket. Es ist völlig daneben und völlig fatal, wenn man dies nur auf die Ansiedlung einer neuen Medizinischen Fakultät fokussiert.

Anfang dieses Jahres haben wir dieses Thema schon ausführlich im Parlament diskutiert. Am 19. Januar 2011 haben unter dem Tagesordnungspunkt „Fortbestand des Hausarztkonzeptes sicherstellen“ über das Aktionsprogramm beraten und auch einen Beschluss gefasst. Dabei ist die Frage des Angebots an Medizinstudienplätzen und an ausgebildeten Medizinerinnen hier eingehend diskutiert worden. In diesem Zusammenhang ging es auch um die Frage, wo sie sich hinterher ansiedeln, also um die Verteilung des ausgebildeten ärztlichen Personals. Wir haben ferner darüber gesprochen, was man darüber hinaus alles machen muss, damit sich

Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum, also dann auch bei uns in Ostwestfalen-Lippe, ansiedeln. Die Ministerin hat für die Landesregierung versprochen, über diesen Prozess ständig aufzuklären.

Herr Dr. Brinkmeier, Sie wissen, dass es im Wissenschaftsausschuss am 18. Februar 2011 eine Information gegeben hat. Außerdem wurde in der Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion Drucksache 15/1338 der Prozess dargestellt, der sich hier entwickelt. Jetzt haben wir wohl die nächste Runde mit einer Ausschussberatung.

Ich habe eben gesagt, im Antrag stehe nichts Neues. Ein ganz klein bisschen Neues taucht darin zumindest für mich doch auf. Es geht nämlich um das Thema „Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Da müssen Sie uns nicht katholisch reden oder gläubig reden. Für die Sozialdemokratie ist es schon seit Jahrzehnten gang und gäbe, dass wir uns um die Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter den Stichworten „Solidarität“ und „Gleichberechtigung“ kümmern. Es freut mich aber, dass ich das in einem Ihrer Beschlusspunkte gelesen habe.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Verzeihen Sie bitte die Unterbrechung.

Georg Fortmeier (SPD): Ich finde es gut, dass das hier auftaucht. Manche meiner Kollegen haben gesagt, das sei vielleicht auch nur ein Stückchen Heuchelei. Aber sei es drum! Es steht darin. Ich finde das sehr gut.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Fortmeier, verzeihen Sie die Unterbrechung.

Georg Fortmeier (SPD): Ich möchte mich mit dem Antrag in Gänze beschäftigen – ohne Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, heute ist mir in meinem Postfach die Antwort der Landesregierung Drucksache 15/2893 auf eine Kleine Anfrage der CDU in die Hände gefallen. Interessant ist, dass in der Beantwortung der Frage 4 – „Welche weiteren Instrumente setzt die Landesregierung ein, um Ärzte für Praxen im ländlichen Raum zu gewinnen?“ – die Weiterentwicklung genau beschrieben ist. Dort heißt es beispielsweise:

„Das Hausarztprogramm wird zu einem Programm der Landesregierung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in NRW entwickelt.“

Es werden eine ganze Menge Maßnahmen genannt, die wir unterstützen können. Vielleicht gibt es sogar noch einige mehr. Das ist aber das Wichtigste.

Lesen bildet! Gucken Sie noch einmal nach, was darin steht.

Dann wird noch ein interessanter Hinweis gegeben. Es wird nämlich Kritik an der Bundesregierung geäußert und dargestellt, warum das, was jetzt im Bundestag diskutiert wird und bei dem Ihre Kollegen in der Regierungskoalition in Berlin sich weigern, Veränderungen zuzulassen, vielleicht auch falsch ist. Mit der Erlaubnis der Präsidentin darf ich das zum Schluss einmal zitieren:

„Die Kritik der Länder bezieht sich u. a. auf die vorgesehene Möglichkeit, dass ... Überversorgung nicht effektiv angegangen werden soll und mit der Einführung der spezialfachärztlichen Versorgung ohne jede Bedarfssteuerung ein kontraproduktiver Anreiz zur flächendeckenden Versorgung mit HausärztInnen gesetzt und ein Paradigmenwechsel zugunsten der Anbieterorientierung vollzogen werden soll.“

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Fortmeier, Ihre Redezeit!

Georg Fortmeier (SPD): Das ist ganz spannend. Darum sollten Sie sich kümmern, finde ich. Dann kommen wir auch insgesamt in Nordrhein-Westfalen ein Stückchen weiter.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Fortmeier, Ihre Redezeit!

Georg Fortmeier (SPD): Wie gesagt, darf es keine Fokussierung auf die Medizinische Fakultät in Bielefeld geben. Das ist ganz wichtig. Es geht um ein gesamtes Paket. Damit sind wir hier dann auf dem richtigen Weg, glaube ich.

Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. Ob das eine erfreuliche Veranstaltung sein wird, wird man dann sehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Fortmeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Dr. Seidl.

(Arndt Klocke [GRÜNE] gibt sich zum Rednerpult.)

– Nein, Entschuldigung; offensichtlich Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich mit meiner Kollegin Frau Dr. Seidl darauf verständigt, dass ich als gebürtiger Ostwestfale die Rede zu diesem Thema halte. Ich habe mehr als die Hälfte meines Lebens dort verbracht und auch meinen Zivildienst noch in einer ostwestfälischen Klinik geleistet. Weil

ich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt bin – natürlich auch im Austausch mit Frau Beer, die uns in der Region dort stark vertritt –, habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet.

Herr Brinkmeier, Sie haben mit dem vorgelegten Antrag und mit Ihrer Rede deutlich gemacht – auch mit einem von der Tonalität her vernünftigen Sound –, dass es Ihnen um Verbesserungen in diesem Bereich geht.

Bei der Rede des Kollegen Abruszat habe ich mich dann nur gefragt: Man kann das natürlich jetzt an dieser Stelle einfordern. Wenn man aber fünf Jahre den Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen gestellt hat und wenn man den aktuellen Gesundheitsminister im Bund stellt, der gleichzeitig auch noch FDP-Landesvorsitzender in NRW ist, und dann mit so einer großen ...

(Kai Abruszat [FDP]: Was hat denn der Gesundheitsminister damit zu tun?)

– Ich sage Ihnen genau, was der Gesundheitsminister damit zu tun hat. Es geht um die hausärztliche Versorgung im ländlichen Bereich.

(Kai Abruszat [FDP]: Genau! Und die verbessern wir auch!)

Das ist ja der Hintergrund der ganzen Thematisierung. Sie glauben, wenn man eine Medizinische Fakultät in Bielefeld installiere, verändere sich die hausärztliche Situation im ländlichen Bereich. Das halte ich für einen Irrtum.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Glaube, wenn man in Bielefeld Medizin studieren könne, blieben die ganzen Leute in OWL, ist doch wirklich hanebüchen. Dort spielen doch ganz andere Fragen eine Rolle. Es ist eine infrastrukturelle Entscheidung, wo ich mich dann niederlasse.

(Zuruf von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

– Herr Brinkmeier, Sie sind Gütersloher. Vielleicht glauben Sie: Einmal OWL, immer OWL. Es gibt aber durchaus Leute, die ihr Studium abgeschlossen haben und dann in andere Regionen ziehen.

(Christof Rasche [FDP]: Nach Köln zum Beispiel!)

– Köln ist eine gute Wahl.

Wenn man sich fragt, wo man sich niederlässt, geht es doch zum Beispiel um Fragen wie Kinderbetreuung, welche Infrastruktur habe ich vor Ort, welche verkehrliche Anbindung besteht. Natürlich geht es auch um die Frage „Gesundheitsregion“. Deshalb habe ich Ihre Bemerkung eben auch nicht verstanden, Herr Brinkmeier. Natürlich wertet ein Nationalpark diese Region massiv auf. Die Ausweitung eines Nationalparks hat auch die Eifel massiv aufgewertet. Deswegen war diese flapsige Bemerkung, dass der Nationalpark gar keine Rolle spiele, eben falsch. Wenn Leute überlegen, wo sie sich nieder-

lassen, wird natürlich gefragt: Wie attraktiv ist die Region? Kann ich da gut leben? Bin ich verkehrlich gut angebunden? Kann ich für meine Familie dort eine vernünftige Kinderbetreuung finden? Solche Fragen sind aus meiner Sicht viel zentraler als die Frage, ob es in Bielefeld eine medizinische Fakultät gibt.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Klocke, würden Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Dr. Brinkmeier zulassen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Selbstverständlich.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Klocke für Ihre Antwortbereitschaft. Ich wäre fast versucht zu fragen, ob wir einen Deal machen könnten. Sie richten nächstes Jahr die Fakultät ein, und wir reden darüber, ob wir einem Nationalpark zustimmen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Ich habe auf die Reaktion von Frau Beer gewartet, weil ich weiß, dass sie bei jedem kleinen Finger gleich die ganze Hand nimmt. Aber das betrifft jetzt nicht die Frage, die ich stellen wollte.

Ich finde den Aspekt wichtig, den Sie gerade genannt haben. Sie haben gerade gesagt, Sie glauben nicht, dass dieser Klebeffekt existiert. Eigentlich sind Sie das lebende Gegenbeispiel dafür, dass es diesen Klebeffekt doch gibt. Meinen Sie nicht, dass es durch das Modell, wie es jetzt speziell für Ostwestfalen-Lippe propagiert wird durch stärkere Einbindung der Kliniken und auch durch die geplante Einbindung der Kommunen, einen umso stärkeren Klebeffekt geben würde? Wir müssten darauf vielleicht noch einmal im Ausschuss etwas tiefer eingehen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich teile Ihre Einschätzung nicht, aber wir können das gerne im Ausschuss weiter thematisieren.

Es gibt sicherlich einige Einzelfälle. Man kann das auch nicht pauschal sagen. Aber dass sich eine solche Einrichtung insofern rentieren würde, weil der Klebeffekt so groß ist, dass es in diesem Punkt zu massiven Veränderungen kommt, dazu habe ich eine andere Einschätzung.

Die Landesregierung hat sich für die nächsten fünf Jahre im Bereich des Medizinstudiums viel vorgenommen. Wir haben 1.000 zusätzliche Studienplätze in diesem Bereich geschaffen. Es werden 50 Millionen € zusätzlich aus dem Hochschulpakt in diesem Bereich finanziert, und es gibt natürlich entsprechende Überlegungen, zu vernünftigen Kooperationen zu kommen. Die Universitäten im Ruhrgebiet sind für Menschen, die aus Ostwestfalen-Lippe

kommen, nicht so weit entfernt, dass man nicht mit einer guten Kooperation zwischen der Uni Bielefeld und der Uni Bochum beispielsweise, die eine sehr große Universitätsklinik hat, weiterkommen würde. Ich glaube, dass Sie die Debatte einfach am falschen Punkt führen. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn es darum geht, ob man damit kurzfristig Effekte erreichen kann.

Das Medizinstudium dauert heutzutage vom Beginn des Studiums bis zu dem Zeitpunkt, da ein Arzt entsprechend ausgebildet ist, bis zu zehn Jahren. Die Regelstudienzeit beträgt mit entsprechenden Praktika, die zu leisten sind, zwischen sieben bis neun Jahre. Das heißt, wenn man heute eine neue Fakultät plant, brauchen wir bis zur Umsetzung, bis neue Ärzte am Start sind, bis zu 15 Jahre.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Klocke, verzeihen Sie die erneute Unterbrechung. Wären Sie zu einer weiteren Zwischenfrage von Herrn Abrusatz bereit?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, dazu wäre ich bereit.

Kai Abrusatz (FDP): Herzlichen Dank, lieber Herr Kollege Klocke, dass Sie mir Gelegenheit geben, nachzufragen.

Ihre Einschätzung, dass der Klebeeffekt, von dem eben die Rede war, keine Wirkung entfaltet, steht diametral im Gegensatz zu dem, was vor der Landtagswahl 2010 von den heutigen Koalitionsparteien in der Region vertont worden ist. Stimmen Sie mir zu, dass es schon bemerkenswert ist, dass im September 2011 offensichtlich die Bewertung in dieser Angelegenheit anders ist als noch im April/Mai des Jahres 2010?

(Günter Garbrecht [SPD]: Wir haben nicht über Klebeeffekt geredet!)

Arndt Klocke (GRÜNE): Solche Stimmen sind mir von führenden Vertretern der jetzigen Landesregierung nicht bekannt. Ich hatte eben zurückgefragt, warum das Projekt, nachdem Sie fünf Jahre Zeit gehabt haben, es voranzubringen, erst im Frühjahr 2010 zu einer Art Wahlkampfmelodie geworden ist. Ich glaube, die ersten Pressemeldungen gab es dazu im Januar 2010. Der damalige Staatssekretär Stückrath hat gesagt, es gelte, jetzt herauszufinden, welche Möglichkeiten es gebe, eine solche medizinische Fakultät in Bielefeld aufzubauen. Ich kann das durchaus aus einem OWL-Lokalpatriotismus heraus nachvollziehen, dass man die zentrale Hochschule durch eine medizinische Fakultät aufwerten will. Wenn man sich aber ansieht, welche finanziellen Möglichkeiten es gibt und welche realen Perspektiven vorhanden sind, dass diese Leute auch vor Ort bleiben, und wie man die hausärztliche Situation verändern kann, dann komme ich zu der

Gesamteinschätzung, dass das eben nichts bringt, bzw. in der Abwägung zu dem Schluss, dass es eben falsch wäre, in diesen Bereich zu gehen. Das sehen Sie offensichtlich anders.

Meine Rückfrage lautet: Warum haben Sie die Zeit, die Sie dazu hatten, nicht genutzt? Aus meiner Sicht gehört mehr dazu. Wir müssen – das macht die Landesregierung jetzt – die Allgemeinmedizin an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen insgesamt stärken. Wir müssen auch die starren Auswahlkriterien, die es heutzutage für Bewerber gibt, verändern, sodass der Zugang in dieses Studium deutlich verbessert wird. Außerdem brauchen wir höhere Aufnahmekapazitäten.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Klocke, Sie sind als Redner sehr nachgefragt.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich bin sehr gefragt – das freut mich.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Romberg würde Ihnen gerne noch eine Zwischenfrage stellen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Selbstverständlich.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Sie hatten die zusätzlichen gut 900 Studienplätze angesprochen, die die Wissenschaftsministerin wegen des doppelten Abiturjahrgangs einrichten will. Sie haben gerade die demografischen Fakten hinsichtlich des ärztlichen Bereiches in Ostwestfalen gehört. Allein im klinischen Bereich sind im Moment 1.500 Arztstellen unbesetzt. Glauben Sie, dass diese gut 900 zusätzlichen Studienplätze, die auch nur vorübergehend geschaffen werden, das jetzt schon bestehende Problem des Ärztemangels wirklich nachhaltig lösen werden?

Arndt Klocke (GRÜNE): Es wird auf jeden Fall dazu beitragen, dass wir bei diesem Problem einen Schritt vorankommen. Es braucht dafür aber eines größeren Maßnahmenpaketes. In diesem Zusammenhang ist aus meiner Sicht auch die Bundesregierung gefragt. Ich erinnere mich, dass der seinerzeitige Bundesgesundheitsminister Rösler das Thema zwar vorgebracht, aber dann leider dabei ein umfangreiches Maßnahmenpaket gefehlt hat. Ich glaube, dass das Land Nordrhein-Westfalen sehr Wesentliches macht. Die Ministerin wird das gleich vortragen.

Am Ende meiner Rede ein Fazit: Die Schaffung einer Medizinischen Fakultät wird nicht dazu führen, deutlich weiterzukommen. Der dafür notwendige Bedarf an Finanzmitteln und an Zeit, die investiert werden muss, ist viel zu hoch. Das jetzt Notwendige

muss durch andere Maßnahmen erfolgen, wie zum Beispiel eine stärkere Zusammenarbeit der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen im Medizinbereich oder eine Absenkung der Kriterien bei der Aufnahme von Medizinstudenten.

Grundsätzlich geht es darum, die Region OWL aufzuwerten. Dazu gehört sehr viel. Man kann da viel machen, auch im Verkehrsbereich, um meine Rede damit abzuschließen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass junge Leute durch eine gute Verkehrsinfrastruktur angezogen werden und sich in OWL niederlassen. Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass der eine oder andere Hausarzt seine Hausbesuche mit dem Fahrrad erledigt, lieber Herr Papke. Leider ist er gerade nicht da. Eventuell kann man es ihm ausrichten.

Also: Es gehören viele Maßnahmen zusammen. Die Schaffung einer neuen Fakultät ist aus meiner Sicht wenig realistisch. Deswegen sollten wir uns auf andere Maßnahmen konzentrieren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Klocke. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eben haben wir uns mit einem völlig überflüssigen Antrag beschäftigt. Jetzt befassen wir uns mit einem Antrag, der eigentlich eine Wiederholung vom 10. November letzten Jahres ist. Da haben Sie schon einmal einen etwas abgewandelten Antrag gestellt und auch dazu aufgefordert, in Ostwestfalen eine Medizinische Fakultät aufzubauen, um gegen den Ärztemangel vorzugehen.

Bereits damals haben wir Ihnen vorgerechnet, dass von den 52 Gemeinden, in denen nach Auskunft des Gesundheitsministeriums eine akute Gefährdung der hausärztlichen Versorgung droht, gerade einmal acht in OWL zu finden sind. Zum Vergleich: Im Regierungsbezirk Münster sind es 13, im Regierungsbezirk Arnsberg 14 und im Regierungsbezirk Köln 16 Gemeinden. Lediglich im Regierungsbezirk Düsseldorf, was auch kein Zufall ist, gibt es nur drei und damit weniger. Das zeigt deutlich, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Ärztemangel in ländlichen Regionen und Medizinischen Fakultäten in der Nähe gibt. Den gab es nie, den wird es auch durch noch so viele Anträge, die Sie hier stellen, nicht geben.

Eben hat Ihnen Kollege Klocke schon deutlich gemacht, dass die Absolventinnen und Absolventen nicht automatisch in der Region bleiben, wenn es dort eine Universität oder Fakultät gibt.

Wir haben nach wie vor weniger einen Ärztemangel, sondern vor allem eine Ungleichverteilung der vorhandenen Ärzte auf Stadt und Land. Während die Ärztedichte in den Städten in Gegenden mit Gutsituierungen sehr hoch ist, ist sie in schwach besiedelten Gebieten niedriger – vor allem deshalb, weil es dort weniger Privatpatienten gibt.

(Beifall von Dennis Maelzer [SPD])

Das müsste man noch genauer untersuchen; ich sage das mal so. Für die meisten Ärztinnen und Ärzte ist es nicht so lukrativ, sich in diesen Gegenden niederzulassen. Das heißt, Ärztemangel hat in erster Linie mit der völlig unsinnigen Privilegierung der Privatversicherten zu tun und nicht mit zu wenig Ausbildungsplätzen.

Wenn Sie den Ärztemangel in diesen Gemeinden wirklich etwas nachhaltiger bekämpfen wollen, sollten Sie – da appelliere ich an Sie – dafür sorgen, dass Ihre Bundestagsabgeordneten – hier spreche ich CDU und FDP an –, endlich dazu kommen, eine angemessene Bürgerinnen- und Bürgerversicherung zu beschließen und einzuführen, und zwar eine richtige und nicht eine solche – eine kleine Bemerkung zur SPD und ihrem Landesparteitag –, die noch nicht einmal vorsieht, die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben.

Eine richtige Bürgerinnen- und Bürgerversicherung würde die Beitragsbemessungsgrenze und die Beitragspflichtgrenze zumindest anheben, wenn nicht sogar abschaffen. Dann hätten wir das Kostenproblem auch nicht. Das müssten Sie tun und sich von den Vorstellungen der jetzigen Finanzierung verabschieden. Eine solche solidarische Bürgerversicherung würde eine Ansiedlung von Hausärzten in Regionen mit vielen gut verdienenden Menschen genauso attraktiv machen wie in strukturschwächeren Regionen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Zimmermann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abruszat zu?

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Aber sicher. Bitte, Kollege.

Kai Abruszat (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Vielleicht können Sie mir noch einmal helfen. Ich habe den Zusammenhang noch nicht verstanden, warum eine Bürgerversicherung den Hausärztemangel im ländlichen Raum in Ostwestfalen-Lippe bekämpft.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Das beantworte ich Ihnen gerne, Kollege Abruszat. Es geht um Folgendes: In eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, wie wir sie als Linke anstreben, zahlen alle Menschen ein – Selbstständige, Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte –, damit die Privatversicherung endlich abgeschafft wird. Dann verdienen Ärztinnen und Ärzte nicht in erster Linie an Privatpatienten, sondern es gibt im Gesundheitswesen eine wirkliche Gleichbehandlung. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall von der LINKEN)

Ich bin eh fast am Schluss. Es gibt auch nicht viel mehr zu sagen als vor einem Jahr. Dieser Antrag wird an den Wissenschaftsausschuss sowie den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen. Dort können wir das gerne vertiefen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag enthält eine wirkliche Überraschung, die wir im Parlament würdigen sollten: CDU und FDP bewegen sich offensichtlich auf die Landesregierung zu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann mich noch gut erinnern, dass Herr Laumann im Sommer sehr lautstark angekündigt hat, dass die CDU ein eigenes Konzept für eine Uniklinik in OWL vorlegen wird. Den heutigen Antrag verstehe ich so, dass Sie sich auf die Linie der Landesregierung zubewegen. Das finde ich gut, und das will ich ausdrücklich würdigen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es würde uns sehr helfen, wenn Sie uns auch auf der Berliner Bühne gegenüber Daniel Bahr und Frau Schavan unterstützen würden. Ich habe in der GWK dafür gestritten, dass wir im Bereich der Medizin mehr tun. Frau Schavan hat mir ganz eindeutig erklärt, dass wir überhaupt kein Problem hätten und auch zukünftig nicht mehr Ärzte brauchen würden. Es gibt einen interessanten Zahlenspiegel von ihr zu diesem Thema. An der Stelle müssen wir die Überzeugungsarbeit leisten. Die Bundesregierung ist sich da offensichtlich noch nicht einig.

Herr Abruszat, es ist nicht so, als würden wir von Berlin aus bei der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen in der Medizin unterstützt. Das Gegenteil ist der Fall. Der Bund war nicht bereit, bei den fast 1.000 zusätzlichen Plätzen, die wir schaffen, die höheren Kosten zu übernehmen, die bei einer Mediziner Ausbildung entstehen. Das mussten wir ganz allein stemmen. Dadurch, dass wir in diesem Bereich jetzt mehr Plätze schaffen, können wir in anderen Bereichen nicht so viele Studienplätze einrichten, wie wir wollen. Bei dieser Entscheidung,

die wir hier auf Landesebene getroffen haben, war der Bund überhaupt nicht hilfreich – ganz im Gegenteil.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Minister, verzeihen Sie die Unterbrechung. – Herr Dr. Brinkmeier würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Gerne.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Ministerin. Entschuldigung, dass ich Sie so früh unterbreche. – Herr Laumann hat angekündigt, dass wir diesbezüglich noch einmal initiativ werden. Gerne legen wir auch vor Ihnen ein Konzept vor.

Stimmen Sie der Meinung von Herrn Kollegen Klocke zu, dass es aufgrund des fehlenden Klebefekts nicht notwendig ist, mittelfristig oder langfristig eine Medizinische Fakultät in Bielefeld anzustreben? Wann kommt Ihr Konzept?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Dr. Brinkmeier, Sie haben mehrfach gesagt, dass dieses Thema sehr dringend wäre und wir unglaublich schnell etwas tun müssten, und haben zur Begründung den doppelten Abiturjahrgang angeführt. Ich habe jetzt deutlich gemacht, dass wir für den doppelten Abiturjahrgang etwas tun. Das hätten Sie auch tun können. Haben Sie aber nicht. Das hat diese Landesregierung angestoßen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum haben Sie, wenn es so unglaublich dringend ist, Ihre fünf Jahre Regierungszeit nicht genutzt, um ein Konzept auf den Tisch zu legen?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Als ich ins Wissenschaftsministerium kam, habe ich dort kein Konzept vorgefunden, wie man eine Medizinische Fakultät aufbauen kann. Ich habe auch keine finanzielle Vorsorge dafür gefunden. Sie haben nicht einfach einmal 140 Millionen € als Invest irgendwo eingestellt. Die Diskussionen um ein Konzept für OWL haben in Wirklichkeit erst mit dem Regierungswechsel begonnen. Das müssen Sie einfach einmal zugeben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wundert mich ein bisschen, dass nicht schon die letzte Regierung aktiv geworden ist, denn nach meiner aus dort geführten Gesprächen gewonnenen Kenntnis stoßen wir in der Region auf sehr offene Ohren. Es wird da nicht nur Schwarz und Weiß –

Medizinische Fakultät oder gar nichts – diskutiert. Es wird vielmehr sehr differenziert darüber diskutiert, wie wir es schaffen können, mehr Ärzte für die Versorgung im ländlichen Raum zu bekommen. Die Diskussion geht weit über die Frage einer Medizinischen Fakultät hinaus.

In der Region selbst hat eher die Frage Brisanz, wie es uns gelingen könnte, die vielen Ärztinnen – 52 % der Absolventen sind heute Absolventinnen – zu motivieren, eine Praxis im ländlichen Raum zu übernehmen. Da werden mir Probleme geschildert, die nichts mit der Ausbildung zu tun haben, sondern zum Beispiel damit, dass die Kassenärztliche Vereinigung es nicht zulässt, eine Zweidrittelpraxis zu führen. Zulässig seien nur halbe Praxen. Davon kann eine Ärztin aber nicht leben, und das schon gar nicht, wenn sie auch noch Kinder haben möchte. Da gibt es praktische Probleme, über die wir sehr gut ins Gespräch gekommen sind.

Ich habe in der Region eine riesige Bereitschaft und große Kreativität vorgefunden. Man will sich diesbezüglich wirklich auf den Weg machen. Es wundert mich ein bisschen, dass Sie die vorhandenen Chancen in den letzten fünf Jahren nicht genutzt haben.

Es wundert mich auch Ihre stetig wiederholte Forderung, alles müsse viel schneller gehen. – Sie müssten die Wissenschaftslandschaft eigentlich so gut kennen, dass Sie wissen, dass wir den Wissenschaftsrat beteiligen müssen, wenn wir eine solche Strukturveränderung wie die Schaffung einer weiteren Medizinischen Fakultät vornehmen wollen. Sie wissen, dass das ein langwieriger Prozess ist und dass man, wenn man sich wirklich auf ihn einlässt, ein solides Konzept braucht, das eine Chance hat, den wissenschaftlichen Kriterien zu genügen.

Herr Brinkmeier, bei aller Liebe: Hätte ich bei meiner Amtsübernahme ein bisschen mehr vorgefunden, wären wir vielleicht schon einen Schritt weiter. Aber wir beginnen gerade erst mit der Fachdiskussion. Das geht nicht so schnell, wenn es wirklich solide sein soll.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Ein Jahr!)

– Ja, immerhin haben wir nach einem Jahr eine erste Skizze. Was haben Sie denn in fünf Jahren vorgelegt? – Gar nichts! In fünf Jahren haben Sie nichts gemacht!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Widerspruch von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich hatte den Eindruck, dass Sie jetzt abrüsten und wir uns auf einen vernünftigen Kurs zubewegen, dass wir ernsthaft darüber diskutieren, was wir für die Ärzteversorgung in der Region tun können. Daran wäre mir gelegen.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Es nützt nichts, hier im Parlament Showanträge zu stellen. Vielmehr müssen wir eine ernsthafte Debatte führen. Da kommen Sie mit Maximalforderungen nicht weiter.

Ich kann Ihnen aber eins versichern: Diese Landesregierung wird den Prozess in aller Ruhe und Sorgfalt fortsetzen. Wir haben im Koalitionsvertrag zugesagt, dass wir etwas gegen den Ärztemangel in dieser Region unternehmen wollen und dass wir auch die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät prüfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/2854 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer der Überweisungsempfehlung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu:

6 Sozialdumping auf Flughäfen verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2865

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2902

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Großteil der Flugpassagiere ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ihre Koffer unbeschädigt und rechtzeitig an ihrem Reiseziel ankommen. Doch welcher Kraftakt oft hinter den Arbeitsabläufen steckt und welcher Stress die Einhaltung der vorgeschriebenen Zeiten für diese Arbeitsabläufe bedeutet, wird oft ignoriert.

Es sind die Beschäftigten der Bodenabfertigungsdienste an den Flughäfen unseres Landes, die bei Wind und Wetter unter schwersten Arbeitsbedingungen dafür sorgen, dass wir unser Gepäck recht-